

Wolffsche

15 Pfennig

Sechsstüblich



1704

Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölftal, Sonntags mit der Illustrierten Bellsage monatlich. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt mit Kurszetteln der Berliner Börse und amerikanischem Funktionen, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Musikblatt, Recht und Leben, Turnen - Sport - Spiel, Für Reise und Wanderung.

Wöchentlich 1.-Goldmark durch unsere Boten, Beleg durch die Post 450 Goldmark monatlich. Bei Anfall der Lieferung wegen höherer Gewalt, oder nicht kein Anspruch auf Nachzahlung. Anzeigenspreis in Goldmark: mm-Zelle 25 Pfennig, Familien-Anzeigen mm-Zelle 15 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein, Ch.-Friedrichstr. Georg Bornhak, Verantw. Redakteur: Hans Zillesch, Druck: Carl Meich, Berlin, Unverl. Manuskripte werden nur zurückgegeben, wenn Porto beiliegend.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Roßstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt-Dankhof 3090-3093, für den Fernverkehr Amt-Dankhof 3088-3090. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postachekonto Berlin 660.

Verhandlungen über Kabinettsumbildung

Volksparteiler beim Reichskanzler.

Selbstständig wurde gestern durch das Wolff-Büro folgende Mitteilung ausgegeben:
„Am Auftrage des Vorstandes der Reichsparteifraktion der Deutschen Volkspartei haben sich Montag das Reichsparteivorsteher Dr. Zapp und Dr. Kurtius beim Reichskanzler: Kunostrich von der Entlohnung des Vorstandes über die Erweiterung des Reichskabinetts durch Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in die Regierung.

Der Reichskanzler nahm die Mitteilungen des Herren entgegen und erklärte ihnen, daß es nach den bekannten Vereinbarungen mit der Reichsparteifraktion der Deutschen Volkspartei vom 29. August oberhalb eines Abstrichs keine Verhandlungen mehr stattfinden werden. Er erklärte, daß sich die Verhandlungen über eine eventuelle Regierungsbildung aufnehmen, und daß er bei dieser Absicht bleibe.“

Die Entlohnung, die von dem Vorstand der Reichsparteifraktion der Volkspartei im September noch umlegiger Beratung einmündig gefordert wurde, erklärt zunächst, die Volkspartei des Reiches sei durch die Annahme des Bonhorer Paktes, die Erklärung der Reichsregierung zur Kriegsschuldfrage vom 30. August und den Beschluß des Kabinetts über das Reichsgebiet vom 29. September folgebald. Demnach handle es sich um die innere Konsolidierung auf gemeinsamer außenpolitischer Grundlage.

„Wir haben seit langem das Ziel einer Zusammenfassung aller staatspolitischen und außenpolitischen Parteien verfolgt und der Notwendigkeit, die wertvollen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Kräfte der Deutschen Volkspartei aus außen- und innenpolitischen Gründen der verantwortlichen Mitarbeit in der Reichsregierung heranzuführen, in unserer Entlohnung vom 28. August einen Ausdruck verliehen. Wir hätten an dieser Entlohnung festgehalten, wenn der Reichstag am 29. August mit der erforderlichen verfassungsmäßigen Mehrheit den Bonhorer Abmachungen zugestimmt hätte, wobei die deutsche nationale Fraktion die Annahme mit ermöglichte, die die Durchführung der darüber erforderlichen Maßnahmen Geds aller Parteien und des ganzen Volkes. Wir glauben an die Annahme der Entlohnung mit der Festbestimmung, in unserer Entlohnung die Durchführung der erforderlichen Aufgaben mitzuführen. Durch wird die Wahl frei eine Erweiterung des Reichskabinetts durch Einbeziehung deutscher nationaler Männer entsprechend der Bedeutung und Größe der Partei.

Unter Ziel ist nicht die Schaffung eines Bürgerbundes. Das deutsche Volk darf nicht in zwei Teile geteilt werden, von denen der eine herrscht und bestift und der andere arbeitet und zahlt. Aber uns ein solches Ziel unterzieht, der will selbst die Zerrnung der Nation in zwei sich hemmungslos bekämpfende Teile herbeiführen, um hieraus parteipolitischen Nutzen zu ziehen. Die lebende Idee unserer Innenpolitik war die Festbestimmung der Volksparteifraktion. Unter Ausschluß aller anderen Parteien und aller Parteien, die sich bereit gefunden, mit der sozialdemokratischen Partei zusammenzuarbeiten. Dieses Zusammenwirken ist durch die Schuld der Sozialdemokratie gescheitert, welche sich den Maßnahmen des Kabinetts-Stimmeman in ihrer wirtschaftlichen Gestaltung des Reichs und zur Wiederherstellung seiner inneren Ordnung widersetzt und damit wirtschaftliche und staatliche Notwendigkeiten der Parteipolitik entgegensteht. Die Sozialdemokratie hat das Kabinetts-Verständnis zum Fall gebracht. Sie hat sich nicht für die Lösung der letzten großen Aufgaben auf wirtschaftlicher und sozialer Ebene eingesetzt.

Unter Ziel bleibt die Volksgemeinschaft. Für sie haben wir mit den höchsten Nationalisten nicht ohne lächerliche Größe gearbeitet. Diese Größe müssen durch ruhige und festes Recht fortentwickelt und ausgebaut werden. Es dürfen nicht infolge einer Reichsstaatsauffassung, die wirksam keine wesentliche Veränderung der parlamentarischen Machtverhältnisse bringen würde, geführt werden. Die Lösung ist nach unserer festen Überzeugung nur durch Einbeziehung von sechs Millionen deutschen nationaler Wähler in die Volksgemeinschaft und Sicherung ihrer Mitarbeit möglich. Nur so ist eine Befähigung der unermüdlichen parteipolitischen Kämpfe

auf ein erfolgreiches Maß und die Befähigung der für jeden Erfolg unentbehrlichen gemeinsamen außenpolitischen Front zu errögen.“

Die Forderungen der Deutschen Volkspartei um Einbeziehung der Deutschen Nationalen in die Regierung haben jetzt feste Formen angenommen. Kürzlich noch glaubte das offizielle Organ der Deutschen Volkspartei, einflussreiche Ausschüsse und Vorbereite für die Aufnahme der Deutschen Nationalen in die Regierung machen zu müssen. Diese Vorbereite wählten sich überlassen zu sein, die Deutsche Volkspartei wünscht nicht nur, sie fordert die Einbeziehung der Deutschen Nationalen in die Regierung.

Gleichzeitig halten sich die Führer der Volkspartei an der Annahme bereit, daß die Deutschen Nationalen auf ihre eigenen Verantwortung die Durchführung der entlassenen Aufgaben mit führen werden. Worauf ruht sich diese Annahme? Haben die Deutschen Nationalen ihren parteipolitischen Nachbarn private Versicherungen darüber abgegeben, mit denen sie in der Öffentlichkeit zu setzen und sich einsetzen auf „Erlösungsurlaub“ gegangen, um sich dem Herrn Zähler zu entziehen. Es ist davon bereits die Rede, daß der Partei das Land und schließlich der jetzigen Koalitionregierung direkte Opposition an. Sind das genügende Sicherungen für die Durchführung einer solchen Außen- und Innenpolitik auf der bisherigen Linie?

Es ob der Deutschen Volkspartei bei ihrer Forderung auf Einbeziehung der Deutschen Nationalen um einen Vergenswunsch geht oder ob sie vorzuziehbar die Beziehungen eingehen will, die sie vor der Dames-Vollstimmung mit den Deutschen Nationalen getroffen hat, vermögen wir nicht zu entscheiden. Die Reichsregierung hat mit den Deutschen Nationalen keinerlei Vereinbarungen getroffen, die bindenden Charakter hätten. Der am Sonntag des 29. August, am Tage der Dames-Vollstimmung, hat der Reichskanzler vor der Reichstagssitzung aus auf eine Frage des Abgeordneten Reichhold erklärt, daß ihm von Vereinbarungen irgendwelcher Art zwischen Reichsparteimitgliedern und der Deutschen Volkspartei nichts bekannt sei.

Wenn der Reichskanzler in seiner gestrigen Beforderung eine Regierungsbildung für die nächsten Wochen angeht, so, so glauben wir doch nicht, daß Marx zu einer Erweiterung des Kabinetts in dem Sinne seine Hand geben wird, wie die Deutsche Volkspartei die Rehabilitation anstrebt. Dann das, was die Volkspartei fordert, ist der Bürger und nichts anderes. Darüber vermögen auch die geistreichsten Wendungen in der parteipolitischen Entlohnung nicht hinwegzuführen. Eine Volksgemeinschaft, die zwar die sechs Millionen deutschen Nationalen einbezieht, aber die sechs Millionen sozialdemokratischen Wähler ausschließt, ist keine Volksgemeinschaft. Sollen die sozialdemokratischen Wähler dafür bezahlt werden, daß ihre Abgeordneten im Herbst vorigen Jahres nicht allen Wünschen des schwerbeschäftigten, der Deutschen Volkspartei nachgegeben sind und deshalb aus der Regierung ausgeschlossen worden sind? Wir glauben, daß es wenig zweckmäßig und bestimmt nicht im besten Interesse „Volksgemeinschaft“ ist, diese Schlußfrage neu aufzurollen. So leicht wie sie, wie die Deutsche Volkspartei sich macht, ist jedenfalls die Frage, wie der Entwurf der großen Koalition in voriger Regierung von dem Scheitern der Nationalisten in voriger Regierung die Schuld heißt, nicht zu beantworten. Der Vorstand der Deutschen Volkspartei hat angesehen verfahren, daß damals noch die Herren Zähler und Quach in ihren Reihen seien, und die Einbeziehung der Nationalisten in die Regierung als die Aufgabe der Deutschen Volkspartei doch noch nicht ganz großartig gewesen ist.

Um übergen wissen wir nicht, weshalb die Deutsche Volkspartei mit sechs Millionen deutschen Nationalen Wähler rechnen will. Was als die größte der Deutschen Volkspartei nachgegeben das darf man nicht nicht zum vergessenen - jet gegen die Dames-Geselle getrimmt, und es scheint sogar, daß unter der deutschen Nationalen Wählerkraft die Gegner der Dames-Geselle noch stärker vertreten sind. Goll man also gegen die sechs Millionen deutschen Nationalen Wähler die Deutschen Nationalen mit in die Regierung aufnehmen, gleichzeitig aber sechs Millionen sozialdemokratischen Wähler von dem Stofp lösen? Dieser Art „Volksgemeinschaft“ können die Demokraten im Kabinetts und im Reichstag ihre Zustimmung nicht geben. R. 1.-

Außenpolitische Ausblicke.

Der Weg zum Frieden / Völkervereinigung und britische Flotte / Der wandelbare Kurs / Macdonalds Auto / Sudan und Mosul / Die Wirtschaftskräfte / Chinas Wohlgefühle

„An dem Ernst des Willens, der hinter der Formel „Nie wieder Krieg“ steht, ist bei der Mehrheit der Männer, die auf verschiedenen Wegen dem Ziel einer dauernden Völkervereinigung bei Welt aufgeben, nicht zu zweifeln. Dem eigentlich begehrt man die politischen Erörterungen, die die jüngsten Tage ausschließlich um dieses Problem - viel leicht ein wenig im Kreise, in den einzelnen Unternehmungen sich lösende, auch wohl hemmend, aber noch unmaßlich am dieses Ziel an. Ob es sich dabei um die Verketten des Südrusses handelt, der seinen neuen Völkervereinigung durch Währung, Sicherheit und Schiedsgerichtsbarkeit offenbar noch immer nicht das letzte Wort für seine Einwirkungsmaßnahmen gefunden hat - ob es sich um die Verhandlungen zwischen den beiden nicht mehr einmal aus „praktischen Erwägungen“ bis zum Herbst 1925 verschieben werden soll - ob es die mehr private Initiative der Kriegsteilnehmer, der Kriegsdienstverweigerer, der Französischen und der englischen Frontparlamentarier, die sich durch ihre Bestrebungen nach mehr oder weniger ähnlichen Organisationen bei uns unterliegen - ob es schließlich politische, künstlerische oder wie immer zusammenfassende Kreise sind, die eine Wiederberührung der Angelegenisse aus dem Jahre 1914 bis 1918 anstreben: immer liegt festes Grundes das Entzogen vor dem geschiedenen, der Zukunft eine künftige Verhütung von Waffenkriegen solchen Arbeiten zugrunde. Es ist eine Art neuer Heiligkeit im Entstehen, die in der politischen Ebene hinüberreift und den Willern die Weisheit aus den Vorderbänken, die Voranhaltung der Menschheitsangelegenheiten in der Vergangenheit, die sich über die unüberprüfbarkeit der Einzelmaßnahmen, trotz vielfacher Rückschläge und Misstände und trotz des Spottes der Spitzer, die an einen Wandel der Menschheit nicht glauben wollen, den letzten Momenten mächtige Vorsichtige gemahnt.“

Man hat uns so lange die Wichtigkeit der eigenen Lebensinteresse, das die Familie zurückdrängen zu lassen gegenüber dem der Nation, daß man unmaßlich die tägliche Weiterführung des Gedankens auf die Dauer vermissen kann. Und die heißt doch: Lebensinteressen der Menschheit gegen über die der einzelnen Nation. Was diese Menschheit in den letzten Monaten des Weltkriegs eines noch höchst unvollkommenen Völkervereinigung gelernt hat, bedeutet, daß die weitläufige Unterwerfung einer Volksgemeinschaft unter eine gemeinsame geistliche Formel in keiner Weise grundlegend für die Schaffung eines dauerhaften, unerschütterlichen und unerschütterlichen Schritts: der Unterwerfung der Nationalen Gemeinwesen unter ein von ihnen selbst identifiziertes Recht. Das bräucht den Grundlag der Selbstliebe ebensowenig zu kennen, wie er, von ganz bestimmten Einzelheiten abgesehen, innerhalb der bürgerlichen Volksgemeinschaft eines Staates als gültig gilt.

Man hat verschiedene Projekte gemacht, um dem Völkervereinigung die nötige Gestalt zu geben, die Macht zur Erzeugung einer Unterwerfung unter seinen Schritt zu verliehen. Eines der wichtigsten, das zunächst den Völkervereinigung, bildet in England den Gegenstand letzter Schrift: „The League of Nations“. Da die Staats- oder Staatsmaßnahmen des Bundes vorwiegend, und wohl in Zukunft ausschließlich, wirtschaftlicher Natur sein sollen, wobei die Flotte eine Hauptrolle spielt, so möchte die Verfassung der Völkervereinigung, die in den letzten Monaten des Bundes zur Verfügung zu stellen, eine langsame Kampfmittel in die Hand geben. Die britische und die amerikanische Flotte spielen dabei eine Hauptrolle. Wenn England hat, wie man anzunehmen mag, nicht unterwürfige Schrecken, ist auf derartigen Verpflichtungen einzulassen, solange die Vereinigten Staaten auf keinen Fall. Der englische Vertreter haben hierbei, daß die Annapolis, namme der englischen Flotte nur von Fall zu Fall angeht, das Recht, die Verfassung der Völkervereinigung, die in den letzten Monaten des Bundes zur Verfügung zu stellen, eine langsame Kampfmittel in die Hand geben, daß die amerikanische Flotte spielen dabei eine Hauptrolle. Wenn England hat, wie man anzunehmen mag, nicht unterwürfige Schrecken, ist auf derartigen Verpflichtungen einzulassen, solange die Vereinigten Staaten auf keinen Fall.

Es war nicht zu erwarten, daß es anders kommen könnte, weilgenhe nicht, solange der amerikanischen Flotte nicht gleichgerichtete Verpflichtungen gegenüber dem Bundes